



Von:	Ständige Vertretung EU Brüssel
An:	DKOR_E11, DKOR_Leitung
Cc:	DKOR_BKAMT_EXT, DKOR_BMF_EXT, DKOR_BMJV_EXT, DKOR_BMWi_EXT, DKOR_BMZ_EXT, DKOR_PARIOECD_A, DKOR_EUROBMF_EXT, DKOR_EUROBMW_i_EXT
Betreff:	2690. Tagung des AStV, Teil 2 am 31. Oktober 2018 in Brüssel
hier:	TOP 5a) - Digital Services tax - Directive on a tax on revenues from certain digital services
Zweck:	Zur Unterrichtung
Verf.:	[REDACTED]
Geschäftszeichen:	424.35.2
Zusatzinformationen:	BMF: Büro M, Büro St K, Büro St B, Büro St S, Büro St G, Büro PSt'in H, Büro PSt'in L, AL IV, UAL IV B, IV B 1, I A 2, AL E, AL'in E A, E A 1, E A 6, UAL E B, E B 1, E B 5; BMW_i: I A 5, AL'in E, E A 1, E B 1; BMJV: EU-KOR, III A 7; BMZ: Ref. 401, 510, 513; BKAm: 43, 432, 504

I. Zusammenfassung und Wertung

Die AUT-Präsidentschaft führte aus, dass zur Vorbereitung der Orientierungsaussprache im ECOFIN-Rat am 6. November 2018 bezüglich des Vorschlages für eine Richtlinie einer Digitalsteuer auf Erträge aus der Erbringung bestimmter digitaler Dienstleistungen vorgeschlagen werde, den Anwendungsbereich und die Auflösungsklausel (sog. sunset-clause) zur Diskussion zu stellen. Einige MS (EST, SVN) sprachen sich dafür aus, dass weitere Punkte im ECOFIN-Rat diskutiert werden sollten.

In der Diskussion sprachen sich vor allem FRA, ITA, ESP, POL, BEL, GRC, BGR und HRV dafür aus, das Dossier bis zum Ende der AUT-PRÄS abzuschließen. DEU verwies darauf, dass auf technischer Ebene zwar Fortschritte erzielt seien, der Richtlinienvorschlag aktuell aber nicht entscheidungsreif sei. Es werde weiter, auch in Zusammenarbeit mit FRA, konstruktiv an einer Lösung gearbeitet. Zudem sollte die Diskussion auf G20/OECD-Ebene über die Einführung einer effektiven Mindestbesteuerung fortgeführt werden. DNK und LTU unterstützen DEU. EST, IRL, FIN, SWE und NDL waren ebenfalls kritisch.

II. Handlungsempfehlungen

entfällt

III. Im Einzelnen

AUT-PRÄS verwies hinsichtlich der zu besprechenden Punkte im ECOFIN-Rat auf die zur



Vorbereitung der ECOFIN-Tagung erstellte Note. SWE widersprach den Ausführungen PRÄS in der Sitzungsunterlage (Artikel 7 und 11). Die technischen Diskussionen seien noch nicht abgeschlossen, es gebe noch bei einigen Punkten Klärungsbedarf. Hierüber sollte auf dem ECOFIN-Rat am 6. November 2018 gesprochen werden.

Nach Ansicht der KOM seien die technischen Vorschläge weit vorangeschritten, so dass eine Orientierungsaussprache durch die Minister nun erforderlich sei. Der Anwendungsbereich sei bereits eng gefasst. Eine weitere Einengung könnte zu Umgehungsmechanismen führen.

ITA sprach sich für eine politische Einigung bis Ende der AUT-PRÄS aus. FRA schloss sich der Auffassung an, dass bis Jahresende eine politische Einigung erforderlich sei. Sämtliche technischen Entscheidungen seien getroffen. Ein Scheitern habe schwere Konsequenzen für die EU. Große Unternehmen würden keine Steuern zahlen. Die Einführung von Steuern auf nationaler Ebene würde zu einer Fragmentierung des Binnenmarktes führen. POL, BEL, GRC, BGR und ESP unterstützten ITA und FRA. ESP verwies auf den vorliegenden Gesetzesentwurf zur Einführung einer nationalen Digitalsteuer. HRV sprach sich grundsätzlich auch für einen Abschluss des Dossiers bis Dezember aus. Es gebe aber noch offene Fragen. HRV sprach sich dafür aus, die globale Umsatzschwelle niedriger anzusetzen und kein festes Datum bei der sog. sunset clause vorzusehen.

DEU führte aus, dass auf technischer Ebene zwar Fortschritte erzielt worden seien, der vorliegende Entwurf aber nicht entscheidungsreif sei. Es werde aber konstruktiv, insbesondere durch Gespräche mit FRA, am Entwurf gearbeitet. Daneben sprach sich DEU für weitere Diskussionen zur Einführung einer effektiven Mindestbesteuerung auf G20/OECD-Ebene aus. DNK und LTU unterstützten die Auffassung von DEU. EST verwies darauf, dass im ECOFIN-Rat auch weitere Fragen, als die von der PRÄS bisher genannten diskutiert werden müssten. Für EST sei vor allem der Schwellenwert von 750 Mio. Euro problematisch. Zudem müsste auch die langfristige Lösung, wie z. B. die Einführung einer Significant Digital Presence (SDP) diskutiert werden. SVN war ebenfalls der Auffassung, dass weitere Punkte auf Minister-Ebene geklärt werden müssten. IRL sah es insbesondere als kritisch an, dass der Richtlinienentwurf auf die Besteuerung des Umsatzes und nicht auf den Profit abstelle. CZE führte ebenfalls aus, dass weitere Diskussionen notwendig seien, bevor es zu einer Entscheidung kommen könne. NDL appellierte daran, sorgfältig zu arbeiten. Es seien weitere technische Arbeiten notwendig. FIN schloß sich dem an. GBR verwies auf den nationalen Gesetzesentwurf zur Einführung einer Digitalsteuer. Trotzdem werde man an einer Lösung auf EU-Ebene weiter mitarbeiten. Die Lösung müsse zielgerichtet, effektiv und verhältnismäßig sein.

gez.